

**Ein Mythos wird ramponiert****Hintergründe des fehlgeschlagenen Mossad-Attentats in Jordanien / Von Doron Arazi**

Der Erfolg hat viele Väter", befand der amerikanische Präsident Kennedy 1961 nach einem Geheimdienst-Fiasko, "der Mißerfolg aber ist immer ein Waisenkind." Ein bitterer, zufälliger Witz der Geschichte: Waisenkind heißt auf hebräisch yatóm - wie der Name des israelischen Geheimdienstchefs. Dáni Yatóm, der den sagemuwobenen Mossad leitet, findet sich nach dem gescheiterten Attentat in Amman nicht nur vor einem Untersuchungsausschuß wieder und im Mittelpunkt eines Skandals, sondern auch als Pointe unzähliger Variationen auf das unvermeidliche Wortspiel: Wird dieser Mißerfolg ein Waisenkind - ein yatóm - sein, also ausschließlich an Yatóm hängenbleiben? Oder ist Yatóm ein Mißerfolg? Der Witz ist inzwischen bitterernster politischer Kommentar. Das Fiasko des Mordversuchs an dem Hamas-Aktivisten Cháled Másch'al am 25. September dieses Jahres in der jordanischen Hauptstadt wird Yatóm über kurz oder lang seinen Posten kosten. Dagegen dürfte sein Dienstherr, Ministerpräsident Netanjahu, dieses Debakel vermutlich überleben. Die Affäre - das Attentat, sein Hintergrund und seine Verarbeitung - legt ein Systemversagen bloß, das weit über die Inkompetenz eines Agententrupps hinausgeht.

Der Mythos von der Allmacht des Mossad ist ein Bestandteil des Israel-Mythos selbst, eines schmeichelnden Selbstbildnisses: Israel, eine kleine, aber kluge Nation, die mit Witz und Verstand ihre größeren, schwerfälligen Feinde besiegt. Mit diesem Mythos aber wird nun das ganze Selbstverständnis Israels ramponiert. In den sechzehn Monaten der Regierung Netanjahu gewöhnten sich die Israelis an einen Ministerpräsidenten, der tagtäglich zwischen Krisen, Fiaskos und Affären hin und her stolpert; sie trösteten sich aber mit ihrem Vertrauen in die Kompetenz und Autorität der staatlichen Institutionen, allen voran der Armee und des Mossad, die ihre Sicherheit garantieren. "Mindestens die wissen, was sie tun", hieß es allgemein. Jetzt ist auch dieses Vertrauen dahin.

Die Schäden des Debakels in Amman stellen den Sinn der gesamten Aktion in Frage. Die dilettantische Ausführung machte den Mossad zum Gespött, was nicht ohne operative Folgen bleiben kann. Am einfachsten sind die direkten Schäden einzuschätzen: Sechs bis acht Agenten sind "verbrannt", und operative Praktiken wurden preisgegeben - etwa die Beschaffung von ausländischen Pässen durch "Ausleihen" der Identitäten von israelischen Bürgern ausländischer Abstammung, in diesem Fall aus Kanada. Die "Geheimwaffe", eine Art Giftpistole, die den geplanten Mord als natürlichen Tod erscheinen lassen sollte, wurde bekannt, und auch die Formel des chemischen Gegengifts preisgegeben. Im schmutzigen Krieg der Geheimdienste galt sie als eine "strategische" Waffe; anscheinend wurde sie erstmals eingesetzt. Zudem ist die Mossad-Außenstelle in Amman, die eine enge Zusammenarbeit mit der jordanischen Allgemeinen Sicherheitsdirektion unter General Samír Btéihi pflegte, geschlossen worden, was Israels geheimdienstliche Nachrichtenbeschaffung im Irak, in Syrien und unter den

palästinensischen Organisationen erschweren wird.

Das Attentat sollte die Hamas-Bewegung schwächen; statt dessen hat es sie gestärkt. Das vorgesehene Opfer, Cháled Másch'al, ist ein Nationalheld und genießt praktisch Immunität - vor einem neuen israelischen Mordversuch und vor jeglicher Behinderung seiner Tätigkeit in Jordanien. Außerdem mußte Israel den Hamas-Führer Scheich Ahmad Yássin freilassen, im Tausch gegen die israelischen Agenten in Jordanien. Zwar hatte Israel schon seit längerem diese Freilassung erwogen, damit das mögliche Ableben des schwerkranken Scheichs in einem israelischen Gefängnis keine Unruhewellen auslöse. Aber nun ist der Schritt für Israel keine großzügige Geste, sondern eine Schmach. Der Hamas-Gegner Arafat ist zähneknirschend zur nationalen und religiösen Solidarität mit Yássin gezwungen worden - just zu dem Zeitpunkt, da die palästinensische Autonomiebehörde damit begonnen hatte, die Hamas ernsthafter zu bekämpfen.

Vor allem aber mit Blick auf Jordanien offenbart sich die ganze Sinnlosigkeit der Mossad-Aktion. Israel gefährdete leichtfertig König Husseins delikaten Balanceakt zwischen einer nur oberflächlich loyalen palästinensischen Bevölkerung mit ihren starken nationalistischen und islamistischen Tendenzen, seinen ihm feindlich gesinnten arabischen Nachbarn, dem inoffiziellen Sicherheitspartner Israel und seiner eigenen dünnen Machtbasis in der Armee und Staatsverwaltung, die ihn nie als schwach oder naiv sehen darf. Die Mossad-Operation mußte den Königstreuen als Verrat erscheinen, da er als Garant der strategischen Beziehung im israelischen Establishment galt. Yatóm selbst, einst Militärsekretär Jitzhak Rabins, erfreute sich in Amman eines weitaus höheren Ansehens als Netanjahu. König Hussein hatte sein Verhältnis zum Mossad bereits 1995 mit einer beispiellosen Geste ausgedrückt: Damals lud er alle noch lebenden Mossad-Chefs samt Ehefrauen zu einem privaten Empfang in seinen Palast ein. Yatóm selbst verbrachte einen geselligen Abend auf der königlichen Yacht - schon während der Planungsprozeß für die Operation in vollem Gange war. Und nur drei Tage vor dem Attentat besuchte der König demonstrativ die zwei israelischen Sicherheitsleute, die bei einem noch ungeklärten Terroranschlag auf Israels Botschaft in Amman verwundet worden waren. Nur durch ein meisterhaftes Krisenmanagement hat der König nach dem gescheiterten Attentat Schlimmeres verhütet.

Auf israelischer Seite dagegen kam zur offenkundigen Unfähigkeit von Mossad-Agenten noch generelles Systemversagen hinzu. Die falschen kanadischen Identitäten - die "Legenden" - waren so oberflächlich, daß sie nicht der einfachsten Prüfung standhielten. Die Agenten konnten sich nicht richtig als Kanadier ausgeben und verweigerten den Besuch eines kanadischen Konsularbeamten - was sofort reichte, um sie als fremde Agenten zu verdächtigen. Und die Phantasie des Mossad reichte nicht einmal aus, um sie mit verschiedenen falschen Identitäten zu versorgen; so konnten die jordanischen Sicherheitsbeamten die Spur von den gefaßten "Kanadiern" leicht zu den andern "Kanadiern" im selben Hotel verfolgen. Es gab offensichtlich keinen sicheren Fluchtweg für den Fall eines Mißerfolgs, keinen konspirativen Wohnort als Zuflucht in Amman und keine alternativen Identitäten und Ausweise zur schnellen Abreise aus Jordanien. So mußten vier Agenten aus dem Team Hals über Kopf direkt in die israelische Botschaft fliehen, was genau jenen politischen Wirbel bewirkte, den die "stille" Aktion hätte

vermeiden sollen.

Dreimal hätte der Mossad Gelegenheit gehabt, innerhalb seiner Führungskette den Sinn der Aktion zu überprüfen; alle drei Möglichkeiten wurden versäumt. Da gab es zunächst Einwände eines Mitarbeiters der Operationsabteilung, der den Mordplan für unzureichend vorbereitet hielt. Er fand ebensowenig Gehör wie ein hochrangiger Operateur in der Mossad-Zentrale, der in einer Denkschrift vor den unabsehbaren Verwicklungen mit Jordanien gewarnt hatte. Nur zwei Tage vor dem Anschlag schließlich sollte eine andere Nachricht den Mossad auf die politischen Risiken aufmerksam machen: Die Abteilung für Außenverbindungen und Politische Tätigkeit, eine Art Geheimaußenministerium des Mossad, bekam von der Amman-Außenstelle eine Botschaft von König Hussein. Es war ein Angebot, Sondierungen mit Hamas über eine Waffenruhe mit Israel aufzunehmen. Doch anstatt die Aktion abzublasen, wurde die Botschaft nicht weitergeleitet.

Wie aber verlief der Entscheidungsprozeß außerhalb des Mossad? Netanjahu ist Vorgesetzter beider Geheimdienste, des Mossad sowie des Schabak, der für die Sicherheit im Inland zuständig ist. In der Praxis gehört die Entscheidung über einen Auftragsmord in die Grauzone der Staatsräson und wird unterschiedlich gehandhabt. Unter Golda Meir machte der Mossad nach dem Olympia-Massaker 1972 Jagd auf palästinensische Terroristen, die vom sogenannten "X-Komitee" im Einzelfall autorisiert wurde: die Ministerpräsidentin mit den Ministern für Verteidigung und Äußeres, manchmal auch der Justiz. In der großen Koalition von Likud und Arbeiterpartei in den achtziger Jahren beriet sich der "Klub der Ministerpräsidenten" - Rabin, Schamir und Peres. Später beriet sich Schamir als Chef der Rechtsregierung mit Rabin persönlich, auch als dieser in der Opposition war. Als Regierungschef zog Rabin dann neben seinem Außenminister Peres den jeweiligen Generalstabschef und verschiedene Fachleute zu Rate. Außerdem pflegte er bis ins kleinste Detail die Geheimdienstvertreter über jede Aktion zu verhören und konnte oft genug dank seiner langjährigen Erfahrung auch operative Schwäche offenlegen. 1993 beauftragte Rabin den ehemaligen Generalmajor Refa'el Várdi damit, alle Entscheidungsverfahren im Geheimdienstbereich zu überprüfen. Der Anlaß war eine operative Panne bei der Nachrichtenbeschaffung, die noch der Geheimhaltung unterliegt.

Den Várdi-Bericht protokollierte seinerzeit kein anderer als der damalige Militärssekretär Yatóm. Der Report legte ein genaues Koordinierungsverfahren für alle Geheimdienstoperationen fest. Neu an ihm war die stärkere Rolle des Komitees der Geheimdienstchefs (im hebräischen Bürokratenjargon Varásch), ein Koordinierungsgremium, das wöchentlich im Mossad-Hauptquartier unter dem Vorsitz des Mossad-Chefs tagt. Die drei Chiefs von Mossad, Schabak und Militärischem Nachrichtendienst Aman sollten einen Konsens über Prioritäten und Mittel der Geheimdiensttätigkeit erzielen und jeden Disput dem Ministerpräsidenten zur Entscheidung vorlegen. Neu war auch die Stärkung der Rolle des Militärssekretärs als Vertreter des Ministerpräsidenten, der faktisch zur beherrschenden Figur im Chefkomitee wurde. Seine Bedeutung wuchs zusätzlich durch häufig rein persönliche Antagonismen zwischen den Leitern der drei Geheimdienste.

Militärsekretär Netanjahus war bis vor kurzem Zé'ev Livnéh, inzwischen Militärattaché in Washington. Er bereitete sich zu einem Zeitpunkt auf seinen neuen Posten vor, als der Entscheidungsprozeß in Sachen Amman gerade in Gang gekommen war. Damit verschwand vorübergehend eine potentielle Kontrollinstanz. Nach dem Debakel wurde mittels gezielter Indiskretionen behauptet, Netanjahu habe den Anschlag dem Mossad-Chef Yatóm regelrecht aufgezwungen und als "Neujahrgeschenk" verlangt. Das erscheint höchst unwahrscheinlich. Der Ministerpräsident hat keine eigenen Informationsquellen, um eine solche Aktion zu initiieren. Und wenn Yatóm wirklich dagegen gewesen wäre, hätte er die Aktion durch eine Rücktrittsdrohung stoppen können. Die Verantwortung trägt er zusammen mit Netanjahu. Was dieser dazu beigetragen hat, ist mehr sein ungestümer politischer Druck, "endlich etwas zu tun". Formal begann der Entscheidungsprozeß mit einem Kabinettsbeschuß vom 30. Juli 1997, nach dem Selbstmordanschlag der Hamas in Jerusalem, bei dem 16 Israelis getötet und 200 verletzt worden waren. Noch zwei Tage zuvor hatte sich Netanjahu damit gebrüstet, Arafat gezwungen zu haben, dem Terror ein Ende zu setzen. Die Folge: das Kabinett beschloß, "alle" Maßnahmen gegen den Terror zu ergreifen und auch eigene Attentate in Erwägung zu ziehen. Noch am selben Tag nannte bei einer Sitzung des Chefkomitees Yatóm als mögliches Ziel den Hamas-Aktivisten Másch'al. Die anderen Geheimdienstchefs gaben nach dem Fehlschlag zu verstehen, der Name sei damals nur beiläufig erwähnt worden, unter vielen anderen Tagesordnungspunkten, und daß dies höchstens als Vorentscheidung zu verstehen gewesen sei. Nach dem gängigen Prozedere sollte Másch'al in die Prioritätenliste für die Nachrichtenbeschaffung aller drei Dienste aufgenommen und über ihn eine Datenbank angelegt werden. Später, vor dem endgültigen Ausführungsentschuß, sollten sie in Kenntnis gesetzt werden. Da die Aktion vom Mossad bewerkstelligt werden sollte, behandelte Yatóm die Operationsidee als eine Art Privatsache seines Dienstes. Er erwähnte Másch'al tags darauf auch beiläufig in einem Gespräch mit Verteidigungsminister Mordechai; auch dieser dachte, es handle sich lediglich um eine Vorentscheidung, die noch im einzelnen zu erörtern sei. Außenminister Lévy wurde erst gar nicht ins Bild gesetzt. Alles verlief zwischen Yatóm und Netanjahu formal vom Standpunkt des Befehlsverhältnisses korrekt, aber gegen das festgelegte "Várdi-Verfahren". So fehlte jegliche Korrektur für die Operationsidee: etwa vom Schabak-Chef Ayalón, dem direkt Verantwortlichen für die Bekämpfung des Hamas-Terrors, der die These von Másch'al als aktivem Terroranführer hätte kritisch überprüfen können; oder vom Aman-Chef Ya'alón, der die Aktion wegen der strategischen Beziehung Israels mit Jordanien als kontraproduktiv hätte einschätzen können. Keiner von ihnen scheint im Bilde gewesen zu sein - auch nicht für den Fall, daß der Mordversuch eine Terrorwelle (Schabak-Kompetenzbereich) oder Ausschreitungen in den besetzten Gebieten (Armeezuständigkeit) ausgelöst hätte. Der Ministerpräsident und der Mossad-Chef schalteten die anderen Dienstchefs vom Entscheidungsprozeß aus - eine von Netanjahu geübte gängige Praxis, wie sich zuvor bei der Eröffnung des Tempelberg-Tunnels und beim Baubeschuß in Har Homa gezeigt hatte.

Aber auch ein noch so perfekter Entscheidungsprozeß sagt wenig oder nichts über das Urteilsvermögen der Entscheidungsträger aus. Genauer: Sollte Israel überhaupt einen Anschlag auf Másch'al verüben? Ein moralisierendes Nein nutzt in Israels Lage wenig.

Bei aller berechtigten Kritik an den vielen Fehlern und Sünden der israelischen Palästinenser-Politik: Die Hamás führt ihren blutigen Terrorkrieg mit Massenanschlägen gegen unschuldige Zivilisten nicht nur wegen der Besatzung, sondern explizit gegen den Frieden; sie hatte schon Anschläge auf dem Höhepunkt der israelisch-palästinensischen Verständigung verübt, eben um diese zu verhindern, und hatte damit Erfolg. Es bleibt eine pragmatische Kosten-Nutzen-Frage, und hier nun hat Israel viel Erfahrung. So gelang es in den siebziger Jahren, fast alle Köpfe des "Schwarzen September" zu ermorden. Gleichsam nebenher aber wurden auch einige zivile PLO-Funktionäre getötet, die nichts direkt mit dem Terror zu tun hatten - anscheinend nur deshalb, weil sie exponiert waren und leichte Ziele darstellten. Der Mord an Chalíl Wazir 1988 bewirkte nichts, er war eine pure Frustration Israels auf seine Unfähigkeit, die Intifada zu unterdrücken - und mit dieser spontanen Volksbewegung hatte Wazír nur wenig zu tun gehabt. Der Mord an dem Anführer der Hizbullah, Mussáwi, führte nur zu einem Wechsel an der Organisationsspitze. Dagegen bewirkte der Mord an Fáthi asch-Schiqáqi 1995 den Zusammenbruch seiner Organisation, des Islamischen Dschihad. Die Lehre: In hierarchischen Organisationen gibt es immer genug Personalersatz für getötete Terroristen; bestenfalls bewirkt ein Anschlag einen Zeitgewinn. Nur kleine Terrorgruppen, die vom Charisma eines einzelnen Führers zusammengehalten werden - wie der Islamische Dschihad -, kann man so auf Dauer ausschalten.

Fragwürdig bleibt vor diesem Hintergrund die Logik eines Attentats auf Másch'al. Er wirkte nicht in tiefer Konspiration, sondern hielt regelmäßigen Kontakt mit den Medien und arbeitete aus einem bekannten Büro; ebendeshalb war es so leicht, ihn ausfindig zu machen. Seine Prominenz ist jüngerer Datums: Er stieg auf, nachdem König Hussein seinen Vorgänger, Músa Abu Marzúq, aus Jordanien hatte abschieben lassen - wegen Terrorismusverdachts. Das zeigt die engen Grenzen, die des Königs Duldsamkeit der Hamas-Aktivität setzt. Israel hätte überdies Gelegenheit gehabt, des gewichtigeren Abu Marzúq habhaft zu werden: Die Vereinigten Staaten hatten ihn verhaftet und abgeschoben - aber Israel verzichtete auf einen Auslieferungsantrag. Wo also ist die Logik, Másch'al zu ermorden, den wichtigeren Abu Marzúq aber, der an Terrorakten beteiligt war, laufenzulassen?

Ohnehin hatten die israelischen Geheimdienste andere, operativ wichtigere Hamas-Zentren ausgemacht: den Untergrundapparat in den besetzten Gebieten, der im Schutz der inoffiziellen Augen-zu-Politik der Autonomiebehörde arbeitet; und das Operationszentrum in Damaskus, geführt von Imád al-Alami. Das Attentat auf Másch'al lenkte die Aufmerksamkeit von ihnen ab; sie schwächte den politischen Druck auf Arafat und auf Syrien durch die Vereinigten Staaten, die Hamas-Tätigkeit zu unterbinden. Und sie schädigt die Glaubwürdigkeit der israelischen Geheimdienste im Nachrichtenaustausch mit ihren Partnern: Sie stehen jetzt in deren Augen im Verdacht, ihre Analysen opportunistisch zu verfassen und die Schuld am Hamas-Terror nach dem Gusto Netanjahus mal Arafat, mal Syrien, mal Jordanien in die Schuhe zu schieben.

Noch bis vor kurzem galt Yatóm als ein zwar nicht unbedingt brillanter, aber solider Kopf unter den Sicherheitsprofis, welche die Abenteuerlust des Amateurs Netanjahu zügelten. Erfahrungen gesammelt hatte Yatóm in der Rabin-Zeit, als die Spitzen von

Militär und Geheimdiensten auf beispiellose Weise beim Gestalten des Friedensprozesses mitwirkten. Das trug ihnen heftige Anschuldigungen von seiten der damaligen Likud- Opposition unter Netanjahu ein. Es ist unklar, ob Rabin seinem Militärsekretär Yatóm den Mossad-Chefposten versprochen hatte; nach der Ermordung des Ministerpräsidenten erlangte Yatóms entsprechende Behauptung jedenfalls den Status eines Teils von Rabins politischem Testament.

Rabins Nachfolger Peres wiederum war vor allem darum bemüht, den damaligen Mossad-Chef Schabtái Schavit loszuwerden. Während der Zeit der großen Koalition von Likud und Arbeiterpartei in den achtziger Jahren hatte Peres in Schavit einen politischen Bundesgenossen des Likud-Anführers Schamir erkannt. Grund dafür war nicht die Groß-Israel-Ideologie, schon gar nicht deren mystisch-religiöse Strömung, denn Schavit war, wie alle anderen Mossad-Chefs, kein Ideologe. Vielmehr pflegte er ein für Israel typisches "Kriegsdenken", das den Nahost-Konflikt als ein unabänderliches Schicksal ansieht, sich auf taktische Kriegsführung im Rahmen des Konflikts verengt und jede politische Strategie zu dessen Beendigung von vornherein aus Mißtrauen ausschließt. Damit war der Konflikt mit Peres und seinen Visionen programmiert. Im politischen Chaos und Zuständigkeiten-Wirrwarr des israelischen Systems konnte Regierungschef Schamir als Mossad-Dienstherr damals mit Schavits Hilfe außenpolitische Initiativen des Außenministers und Rivalen Peres torpedieren. Die Schlüsselrolle in diesen Manövern spielte die Mossad-Abteilung für Außenverbindungen und Politische Aktion durch die Mossad-Außenstellen in Israels Botschaften. Hauptziel war es, bei der Beurteilung arabischer Absichten für Alarmstimmung zu sorgen.

Schavits lange Amtszeit (1989 bis 1996) ermöglichte es ihm, die gesamte Führungsriege des Mossad zu bestimmen - und Yatóm zu vererben. Dieser fand sich nach dem Machtwechsel von Peres zu Netanjahu dann eingeeengt zwischen dem argwöhnischen Regierungschef und Schavits Leuten im Mossad, die alle auf denselben ideologischen Wellenlängen funkten. Außerdem begann Netanjahu schnell, sich eine Art Gegengeheimdienst im Ministerpräsidentenamt aufzubauen: Uzi Arád wurde vom Mossad als politischer Berater geholt, um mit einem kleinen Mitarbeiterstab eigene Geheimkanäle für den Regierungschef zu öffnen und die Mossad-Lagebeurteilungen zu kontrollieren. Das Reibungspotential, das übrigens auch im Schabak besteht, läßt sich leicht einschätzen. Und es ist diese Atmosphäre, in der man sich die Entscheidung über das Másch'al-Attentat vorstellen muß.

Nun wird der Mossad von der laufenden Untersuchung paralysiert, die der Klärungsausschuß unter dem ehemaligen Generaldirektor des Außenministeriums, Yoséf Tschechanover, besorgt. Dessen Ernennung ist ein durchsichtiges Manöver und hat im israelischen Establishment schon Tradition. Erstens hat ein solcher Klärungsausschuß viel weniger Befugnisse als eine gerichtsähnliche staatliche Untersuchungskommission, deren Chef in der Regel ein Richter am Obersten Gerichtshof ist. Zweitens besitzen seine Mitglieder nicht die persönliche Statur, auch die Rolle der politisch Verantwortlichen zu untersuchen oder ihre Amtsenthebung zu empfehlen. Und drittens sind sie selbst in einem engmaschigen Geflecht von Loyalitäten und Rücksichtnahmen gefangen und bei aller persönlichen Integrität zu keinem radikalen Urteil fähig. Tschechanover war

bezeichnenderweise der Rechtsberater, der Mosché Dayáns Vertuschungsstrategie vor der Untersuchungskommission über die Fiaskos des Jom-Kippur-Krieges entwickelt hatte; ein anderes Mitglied, Ráfi Péled, ist Generaldirektor der staatseigenen Nationalen Elektrizitätsgesellschaft und mußte früher als Generalinspekteur der Polizei wegen ethisch fragwürdigen Handelns zurücktreten. Entlarvend ist die Ernennung von Nahúm Admóni, dem früheren Mossad-Chef und Schavits Vorgänger; während der Amman-Affäre agierte er, auf Wunsch des Ministerpräsidentenamtes, als inoffizieller Sprecher und rechtfertigte die Aktion. Er mußte binnen 24 Stunden unter öffentlichem Druck zurücktreten, um dann in den Klärungsausschuß berufen zu werden.

Schon gibt es eine schwere Vertrauenskrise zwischen Yatóm und seinen Untergebenen: Sie deuten einige von seine Äußerungen als Absicht, die ganze Verantwortung auf die Ausführenden zu schieben. Netanjahu wiederum macht kein Hehl daraus, Yatóm als Sündenbock darzustellen. Den Ministerpräsidenten selbst kann in Israels neuem Verfassungssystem praktisch niemand seines Amtes entheben. Es reichen einige Appelle an die Pflicht zur Terrorbekämpfung, um Netanjahus Anhängerschaft aus dem nationalistischen Lager um ihn zu scharen. Das ist der Stand der israelischen politischen Kultur, der mehr als das Scheitern eines fragwürdigen Geheimdienstunternehmens viele Israelis in die Trauerstimmung von Waisenkindern versetzt.

\* Der Autor ist israelischer Militärhistoriker.

**Bildunterschrift:** Dáni Yatóm, Mann mit Sonnenbrille im Halbdunkel der Politik Israels und Chef des Geheimdienstes Mossad. Nach dem Fiasko in Amman hat beider Ruf gelitten. Foto Reuters

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main